

Leiharbeit stoppen!

Der vorliegende Antrag ist eine Weiterführung der Diskussion vor 2 Jahren. Wir haben uns zu der Zeit für eine Eindämmung der Leiharbeit unter der Voraussetzung von „equal pay“ und „equal treatment“ ausgesprochen. Die aktuelle Entwicklung hat uns gezeigt, dass das dadurch erhoffte Umdenken - allgemein in der Gesellschaft und speziell in der Wirtschaft - leider nicht stattgefunden hat. Daher haben wir uns in einer Mittwochssitzung in diesem Jahr nochmals intensiv mit dem Thema Leiharbeit beschäftigt und wollen durch einen gemeinsamen Beschluss nach Lösungsansätzen der aktuell vorherrschenden Problematik für die betroffenen Personen suchen.

Einleitung

Die Verschiebung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital ist allgegenwärtig. Dies spiegelt sich in der Wirtschaftspolitik aber vor allem auch in der Arbeitsmarktpolitik wider. Der immer weiter zunehmende Machtüberhang des Faktors Kapital hat dabei unmittelbare Auswirkungen auf die soziale Polarisierung in unserer Gesellschaft. Dieser Beschluss soll dazu dienen, die gesellschaftliche Situation, in der wir uns momentan befinden, zu analysieren und speziell die Auswirkungen von Leiharbeitsverhältnissen auf den sozialen Zusammenhalt beschreiben. Darauf aufbauend bewerten wir, ob Leiharbeit sowohl nach sozialen als auch nach wirtschaftlichen Kriterien überhaupt sinnvoll ist, woraus sich unsere Forderungen entwickeln werden.

Kurzanalyse der sozialen Realität auf dem Arbeitsmarkt

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in der Vergangenheit massiv unter Druck geraten. Es hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Sockelarbeitslosigkeit entwickelt, die sich scheinbar zunehmend auf ein Überangebot an Arbeitskräften in unserer Volkswirtschaft eingependelt hat. Dadurch hat die Wirtschaft einen Vorteil bei der Gestaltung von Arbeitsverträgen bekommen. Schließlich können unseriöse Unternehmen seit jeher BewerberInnen schon in ersten Gesprächen dazu zwingen, unter prekären Beschäftigungsverhältnissen zu arbeiten, da jedeR in unserer Gesellschaft dazu gezwungen ist, seine bzw. ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um überleben zu können. Die so genannte Vertragsfreiheit bei der Auswahl eines Arbeitsplatzes ist daher faktisch nur noch auf dem Papier vorhanden.

Schwächelnde Gewerkschaften

Dabei spielt die Schwäche der Gewerkschaften ebenfalls eine tragende Rolle: Der Organisationsgrad der Gewerkschaften des DGB hat seit der Wiedervereinigung vor 20 Jahren stetig abgenommen. So hat sich die Zahl der im DGB organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von fast 12 Millionen auf jetzt knapp 6,2 Millionen Mitglieder (Stand: Dezember 2009) fast halbiert. Zugleich nahm die Zahl von „Scheingewerkschaften“ vor allem in den letzten Jahren massiv zu. Diese setzen in den so genannten Gehaltstarifverträge Löhne von zum Teil unter 5 Euro pro Stunde durch.

Verfehlungen in der Arbeitsmarktpolitik

Es muss jedoch auch deutlich auf die Fehlentwicklung in der Arbeitsmarktpolitik hingewiesen werden. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ist hierbei wesentlich auch unter der rot-grünen Bundesregierung vorangeschritten. So wurde in der Zeit eine Politik betrieben, die überwiegend dem angebotsorientierten, neoliberalen Mainstream angepasst war. Neben der Lockerung des Kündigungsschutzes, sind vor allem die Arbeitsmarktreformen unter der Leitung von Peter Hartz zu nennen: Der Slogan „Fördern und Fordern“ hat hierbei einen hohen Druck auf Beschäftigungslose ausgeübt hat. So wurde in der 2. Legislaturperiode des Kabinetts Schröder der Ausbau von prekären Beschäftigungsverhältnissen in Form von 1-Euro- (Hartz IV), Mini- und Midi-Jobs (Hartz II) beschlossen sowie die Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (Hartz I) gelockert, welches die Leiharbeitsverhältnisse bis dato stärker eingeschränkt hatte. Wir lehnen es strikt ab, dass die Annahme von nicht versicherungspflichtigen Arbeitsplätzen als zumutbar erklärt wird.

Was ist Leiharbeit?

Die Leiharbeit gilt bei BetriebswirtschaftlerInnen als moderne Form des „Body-Leasing“. Der Mensch ist bei einem Verleihunternehmen eingestellt, das seine Arbeitskraft einer anderen Firma zur Verfügung stellt. Für die Arbeitsvermittlung erhält das Verleihunternehmen Geld von der Firma, bei der der Leiharbeiter oder die Leiharbeiterin ausgeliehen wurde. Anteilig erhält der Leiharbeiter/die Leiharbeiterin von diesem Geld sein/ihr Gehalt.

Durch ein massives Marketing der Wirtschaft hat sich der Ruf der Leiharbeit über Jahre gebessert – die politische Forderung nach Flexibilisierung der Arbeit machte dies auch möglich.

Dennoch sind die Probleme immens: Neben schlechteren Arbeitsbedingung belastet die LeiharbeiterInnen auch die schlechte Bezahlung.

Für die Stammbeslegschaft gelten LeiharbeiterInnen als Job-Klauer und so finden diese auch keine Akzeptanz in den Betrieben. Beschäftigte in der Leiharbeit werden zu Menschen zweiter Klasse. Sie haben nur eine geringe Chance, im Betrieb soziale Kontakte aufzubauen.

Resultat der neoliberalen Reformen - Beschäftigung ohne Perspektive

Das Ergebnis dieser Verfehlungen ist verheerend. Die Schere zwischen arm und reich geht seit Jahren immer weiter auseinander. Menschen, die in Leiharbeitsverhältnissen stehen, sind in die Perspektivlosigkeit geschickt worden. Sie werden auf dem Arbeitsmarkt wie Waren hin und her geschoben und verfügen über keinen Kündigungsschutz im ausgeliehenen Unternehmen. Menschen müssen sich zunehmend immer mehr der Wirtschaft anpassen. Die Wirtschaft dient nicht länger den Menschen, vielmehr dienen die Menschen der Wirtschaft. Die dadurch verbundene Machtverschiebung der Faktoren Arbeit und Kapital auf die Kapitalseite, die man auch als Diktatur des Kapitals beschreiben könnte, gilt es zu korrigieren.

Für einen Angestellten im mittleren Lohnsektor, sollte ein (finanziertes) Eigenheim kein Problem darstellen. Für einen Leiharbeiter im mittleren Lohnsektor allerdings, gilt dies nicht! Er kann selten mehrere Jahre in die Zukunft planen. Gerade auch im Hinblick auf den demographischen Wandel muss darauf verwiesen werden, dass es wenig verwunderlich ist, wenn ein junges Paar es sich aufgrund fehlender langfristiger sozialen Absicherung mehr als einmal überlegt, für Nachwuchs im eigenen Haushalt zu sorgen.

Bezahlung unter Tarif

LeiharbeiterInnen und Leiharbeiter werden grundsätzlich schlechter bezahlt als die restliche Stammbeslegschaft im Unternehmen. Dies kommt dadurch zustande, weil LeiharbeiterInnen keinen Anspruch auf tarifliche Bezahlung haben, die durch Gewerkschaften erkämpft worden sind. Sie sind letztlich im Betrieb, in dem sie ihre

Arbeitsleistung erbringen, nur „ausgeliehen“. Bei Protest gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen droht die sofortige Versetzung oder Entlassung. So wird der Leiharbeiter an der kurzen Leine gehalten und ist gezwungen, seine Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Dies trägt letztlich auch zu der Reallohnentwicklung in Deutschland bei. In der Bundesrepublik sind die Reallöhne vom Jahr 2000 bis 2008 um 0,8 Prozent zurückgegangen, wohingegen sie in allen anderen EU-Staaten in den letzten Jahren preisbereinigt gestiegen sind. In mehreren osteuropäischen Beitrittsländern haben sich die Reallöhne im gleichen Zeitraum sogar verdoppelt. In der alten EU wiesen Schweden, Finnland, Dänemark, Großbritannien, Irland und Griechenland mit Werten zwischen 12,4 und 39,6 Prozent die höchsten Steigerungen auf. Auch wenn die Reallöhne im letzten Jahr durch die geringe Inflation leicht gestiegen sind, nimmt Deutschland europaweit in dieser Statistik den letzten Platz ein, was auch auf die Entwicklung der Renten einen negativen Einfluss hat.

Letztlich bleibt es für uns untragbar, dass ArbeiterInnen faktisch in Klassen eingeteilt werden! Wir sehen es nicht ein, warum LeiharbeiterInnen schlechter bezahlt werden sollen, obwohl sie die gleiche Arbeit leisten wie die fest Angestellten. Deshalb sagen wir: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!

Aushebelung der Mitbestimmung

Viele Betriebe nutzen die Leiharbeit auch, um die betriebliche Mitbestimmung bei sich auszuhebeln. Dazu muss man wissen, dass für die Bestimmung der Größe von Betriebsräten die Anzahl der abhängig Beschäftigten herangezogen wird. Nun gibt es die Möglichkeit diese Anzahl künstlich zu drücken, in dem man zu einer festen Anzahl der Stammelegschaft, die knapp unter der Schwellengrenze zu einer höheren Anzahl der Betriebsratsplätze liegt, die restlichen ArbeitnehmerInnen aus der Leiharbeit generiert. Damit geraten Betriebsräte unter einem immensen Druck, da sie nicht mehr im Stande sind, die anfallenden Arbeitsprozesse fristgerecht und ordentlich zu erledigen. Uns ist diese Möglichkeit der Aushebelung der demokratischen Mitbestimmung ein Dorn im Auge. Schließlich stehen wir für die Demokratisierung in allen Lebensbereichen - vor allem in der Arbeitswelt. Wir wollen nicht, dass Demokratie am Werkstor endet! Es ist schon fast schizophren, dass seitens der Wirtschaft häufig die Mündigkeit des Staatsbürgers

eingefordert wird, sie jedoch zugleich keine geeigneten Mittel findet (bzw. finden will), um die Arbeitnehmerschaft aus der Unmündigkeit im gesellschaftlichen Leben zu befreien.

Fehlende Argumente der Wirtschaft

Die Argumentation seitens der Wirtschaft, die sich deutlich für eine Beibehaltung von Leiharbeit ausspricht, ist nicht haltbar. Leider müssen wir erkennen, dass die überwiegende Mehrheit der Medien jedoch auf diese Argumentationslinie eingeht und sie mit verteidigt, ohne sie einmal grundlegend in Frage zu stellen. Damit wird eine Meinung in der Gesellschaft vorgegeben, die jedweder Logik widerspricht. Hierbei sollen vor allem zwei typische Argumente widerlegt werden, die angeblich für Leiharbeitsverhältnisse stehen.

Zum Einen steht die Aussage im Raum, dass Leiharbeit zum Abfang von Produktionsspitzen nötig sei. Ohne sie könnten Unternehmen die kurzfristig benötigten Arbeitskräfte nicht schnell genug einstellen bzw. könnten sich nach der Zeit der starken Auftragseingänge ihrer nicht wieder schnell erledigen. Das heißt mit anderen Worten, dass die Leiharbeit einen entscheidenden Anteil daran habe, die Arbeitslosenquote (zumindest kurzfristig) zu senken. Diese These trifft natürlich nicht zu, da einerseits Unternehmungen den Faktor Arbeit verstärkt einsetzen müssen, um ihre Rendite durch die neu anfallenden Aufgaben zu maximieren. Dies ist auch ohne der Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Leiharbeit möglich. Andererseits sieht das so genannte „Kündigungsschutzgesetz“ keine Schranken vor, ArbeiterInnen, die kein halbes Jahr beschäftigt worden sind, fristlos zu entlassen. Es ist letztlich nur eine bequemere Lösung für Unternehmen billige Arbeitskräfte zu organisieren. Die Verfehlung der reinen Angebotsorientierung auf dem Arbeitsmarkt gilt es grundsätzlich - aus dem sozialdemokratischen Grundverständnis heraus - zu hinterfragen.

Diktatur des Kapitals verursacht Krankheiten

Es wird deutlich, dass aus dem Machtüberhang des Kapitals zu einer Unmündigkeit der arbeitenden Bevölkerung hervorgeht. Durch diesen zunehmenden Druck auf die ArbeiterInnenschaft, braucht es wenig geistigen Intellekt, um zu erkennen, dass dies auch unmittelbare Folgen auf den physischen und mentalen Gesundheitszustand vieler Menschen hat. So ist auch im vergangenen Jahr trotz Wirtschaftskrise die Anzahl der Krankheitstage wieder einmal angestiegen und befindet sich auf dem höchsten Stand seit 2003. Davon sind jedoch nicht nur LeiharbeiterInnen sondern auch andere unbefristet

Beschäftigte bisweilen sogar auch Manager betroffen. Vor allem hervorzuheben ist die steigende Anzahl an psychischen Erkrankungen, bei denen die höchste Wachstumsrate zu vermelden ist. Man sieht also, dass das System, welches von einem enormen Leistungsanspruch geprägt ist, die Menschen in allen Berufsgruppen krank macht.

Gewonnene Erkenntnisse

Folglich wird uns bewusst, dass der Versuch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und das Bestreben allen Menschen eine Perspektive zu geben stetig gegeneinander ausgespielt wird. Die Wirtschaft wird ihre Thesen dazu auch nie ablegen. Die resultierende zunehmende soziale Spaltung in unserer Gesellschaft wird dabei ohne Anteilnahme zur Kenntnis genommen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die angesprochenen Gegenthesen in der gesamten Gesellschaft zu thematisieren. Da auch die SPD, wie bereits kurz angeschnitten, einen Teil der Mitverantwortung zu dieser Entwicklung trägt, sind wir besonders auch hier gefordert auf einen innerparteilichen Umdenkungsprozess hinzuwirken. Die Aussagen von Sigmar Gabriel auf dem Parteitag in Dresden stimmen uns dabei positiv, dass ein derartiger Dialog zur Kurskorrektur von der Partei angenommen wird. Grundsätzlich sollte der stark vom Anreiz geprägte Slogan „Fördern und Fordern“ überdacht werden. Alternativ dazu könnte man eine Politik betreiben, die nachfrageorientiert ist und ArbeitnehmerInnen weniger stark unter Druck setzt. Eine solche Politik wäre von der Überschrift „Fördern statt Fordern“ geprägt.

Konsequentes Handeln

Die Frage, die sich nun stellt ist, wie man der Ausuferung unmenschlicher Arbeitsverhältnisse entgegentritt. Unserer Auffassung nach macht es keinen Sinn LeiharbeiterInnen mehr zu bezahlen als der restlichen Belegschaft, da es ein Widerspruch zu unserem Grundsatz gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist.

Die Option Leiharbeit durch eine Höchstquote in Betrieben mit überwiegend hoher Anzahl von Leiharbeitskräften einzuschränken, lehnen wir ebenso mit aller Konsequenz ab, da dadurch die überwiegend unsozialen Verhältnisse in der Gesellschaft nachhaltig legitimiert werden. Viele (junge) Menschen würden dadurch in der Perspektivlosigkeit verharren.

Daher stehen wir für ein Verbot von Leiharbeit ein. Gleichzeitig wollen wir das vorhandene Know-How der Leiharbeitsfirmen nutzen. Wir möchten leitende Kräfte der aufgelösten Leiharbeitsfirmen nicht fallen lassen. Ganz im Gegenteil: Mit ihrem Fachwissen -

beispielsweise durch bessere Vermittlung oder detaillierte Profilbeschreibungen, welche die Wünsche und Stärken der Arbeitssuchenden präzisieren - sollen sie in den dezentral organisierten Agenturen der Arbeit dazu beitragen, die Agenturen für Arbeit als zentrale Ansprechpartner für die Wirtschaft zum Einsatz kurzfristig und langfristig benötigter ArbeitnehmerInnen zu machen.

Durch ein Verbot von Leiharbeit würden vielen Menschen eine Perspektive gegeben, was historisch bedingt schon immer das Ziel sozialdemokratischer Politik gewesen ist. Auch wenn dadurch der Mensch nicht von den Fesseln des Kapitalismus befreit wird, so macht es doch das Leben in der Gemeinschaft lebenswerter und sorgt so für einen stärkeren solidarischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.